



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis`90/ Die Grünen und FDP

zu „Kennzeichnungspflicht für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben einführen“ (Drs. 19/1503)

Einsatzkräfte umfassend unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Fahrzeuge mit alternativen Antrieben im Einsatzfall spezifische Kenntnisse erfordern können, auf die die Einsatzkräfte entsprechend vorbereitet sind. Der Landtag stellt in diesem Zusammenhang aber auch fest, dass eine Kennzeichnungspflicht für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben hierfür nicht zielführend ist.

Der Landtag begrüßt daher, dass sich die Landesregierung kontinuierlich und umfassend mit der Frage auseinandersetzt, wie Einsatzkräfte den Einsatzbedingungen entsprechend unterstützt werden können. Der Landtag bittet die Landesregierung, dieses Engagement fortzuführen und Möglichkeiten zu evaluieren, ob und in welchem Umfang die für die Rettungskräfte notwendigen Informationen im Fahrzeug vorzuhalten sind oder abrufbar sein müssen. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf sogenannte Rettungskarten gelegt werden. Diese können sowohl analog im Fahrzeug vorgehalten oder in digitaler Form abrufbar sein, beispielsweise mithilfe der Kennzeichenabfrage beim Kraftfahrzeugbundesamt oder durch das Scannen im Fahrzeug verorteter QR-Codes.

Peer Knöfler
und Fraktion

Beate Raudies
und Fraktion

Dr. Andreas Tietze
und Fraktion

Kay Richert
und Fraktion